

15.03.2022

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

**Krieg in der Ukraine – Versorgungssicherheit mit Qualitätsgetreide jetzt im Blick behalten.**

### **I. Ausgangslage**

Der Krieg in der Ukraine durch den Angriffs Russlands zeigt bereits nach kurzer Zeit Auswirkungen auf den Agrarsektor. An den Börsen steigt der Weizenpreis aktuell rasant, zeitweise bis auf 500 US Dollar je Tonne. In der Ukraine kam der Getreideexport zum Erliegen. Dies kann laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), schon bald zu einer globalen Hungerkrise führen, insbesondere in ärmeren Regionen. Länder in Afrika und Asien sind stark auf Agrarimporte aus Russland und Ukraine angewiesen. Allein Ägypten importiert 80 Prozent seines Weizens aus Russland und der Ukraine. Hinzu kommt, dass die Aussaat von Sommerweizen in den Kriegsregionen, die normalerweise im März beginnt, aktuell stockt. Weitere Hauptkulturen müssten im April gesät werden. Dies ist unter jetzigen Voraussetzungen schwer vorstellbar.

Die Ukraine und Russland exportieren zusammen mehr als 25 Prozent des gehandelten Weizens der Welt. Vor der Invasion hat die Ukraine rund 107 Millionen Tonnen Getreide produziert. Allein 40 Millionen Tonnen wurden dabei exportiert. Das entspricht ungefähr der Getreideproduktion Deutschlands (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix). In der Konsequenz könnten Staaten wie Ägypten, Tunesien und andere auf zusätzliche Importe aus der EU angewiesen sein.

Daneben betrachten wir die Auswirkungen des Preisanstiegs bei wichtigen Agrarprodukten auf die heimische Landwirtschaft mit großer Sorge. Alle landwirtschaftlichen Betriebe sind von der Verknappung und dem starken Preisanstieg bei Vorleistungsgütern betroffen.

Die seit Kriegsbeginn in der Ukraine zu beobachtende Neubewertung vieler Politikfelder darf angesichts der zu erwartenden kurz- und langfristigen Auswirkungen des Ukraine-Krieges nicht vor der Agrarpolitik haltmachen. In der Krise darf es keine Denkverbote geben – auch die Agrarpolitik muss angesichts dieses neuen Szenarios nochmals auf den Prüfstand!

Wir fordern vor diesem Hintergrund die Europäische Union auf, ihre Agrarpolitik daraufhin zu überprüfen, welche Spielräume für eine kurzfristige Steigerung der Erzeugung von Agrarprodukten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eröffnet werden können.

In diesem Zusammenhang muss die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten unter anderem die vorübergehende Aussetzung von Verpflichtungen zur Flächenstilllegung ermöglichen. Die in der GAP Reform geplanten vier Prozent Stilllegung ab 2023 machen allein in NRW ca. 50.000 ha aus. Ferner sehen wir bei drohenden globalen Nahrungsmittelengpässen bei der Verwendung von Agrarprodukten die Priorität klar bei Lebensmitteln.

Es ist daher wichtig, dass der Selbstversorgungsgrad von Qualitätsgetreide in Nordrhein-Westfalen und Deutschland stabil bleibt. Bei Futtergetreide hat Deutschland und damit NRW einen hohen Selbstversorgungsgrad. Bei für die Ernährung wichtigem Qualitätsgetreide sieht das anders aus. Hier liegt der Selbstversorgungsgrad bei Roggen bei 84 Prozent und bei Brotweizen nur bei 15 Prozent. Dieser Weizen muss bestimmte Eigenschaften erfüllen, um als Nahrungsweizen Verwendung finden zu können. Qualitätsgetreide benötigt einen besonders hohen Eiweißgehalt um die nötigen Backeigenschaften zu erzielen. Voraussetzung dafür ist eine speziell auf diese Eigenschaften abgestimmte Düngung.

Wir fordern daher, dass sich die Bundesregierung in der aktuellen Diskussion um die Ausweitung der roten Gebiete für eine verursacherbezogene Differenzierung von Maßnahmen zur Reduzierung von Nitratbelastungen einsetzt. Wir halten es für erforderlich, dass der Bund seine agrar- und umweltpolitischen Handlungsspielräume im Interesse einer kurzfristigen Abmilderung der Krisenfolgen nutzt. Hierzu zählt auch im Zweifel offene Rechtsfragen einvernehmlich und umgehend mit der EU-Kommission aufzulösen. Es gilt, rechtlich verlässliche Grundlagen zu schaffen, um handlungsfähig zu sein.

Der Krieg in der Ukraine und die Frage nach möglichen Versorgungsunsicherheiten verstärken unsere Forderungen!

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag stellt fest:

- Der Krieg in der Ukraine kann zu schwerwiegenden Versorgungsempässen in der Welt führen. Die Versorgungssicherheit von Qualitätsweizen in Europa muss gewährleistet bleiben.
- Eine Ausweitung der Produktionsflächen ist vor dem Hintergrund des Wegfalls der Getreideexporte der Ukraine erforderlich.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die ab 2023 geplante Stilllegungsregelung der GAP in der EU zunächst ausgesetzt wird.
- auf Bundesebene einen Dialogprozess zu starten, um zu erörtern, welche Spielräume für eine kurzfristige Steigerung der Erzeugung von Agrarprodukten in Deutschland und der Europäischen Union eröffnet werden können.
- auf Bundesebene eine europäische Initiative der Bundesregierung für ein Moratorium im Rahmen der Maßnahmen der Düngeverordnung für mindestens ein Jahr zu fordern.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Rainer Deppe  
Bianca Winkelmann  
Dr. Patricia Peill

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Markus Diekhoff  
Stephan Haupt

und Fraktion